



# Statistischer Bericht



## Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat Sachsen

Pflegeerlaubnis, Pflegschaften, Vormundschaften,  
Beistandschaften, Sorgerecht  
2011

KV 8 – j/11

# Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

## Inhalt

	<b>Seite</b>
Vorbemerkungen	2
Definitionen	2
Ergebnisse	3

## Tabellen

1.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht	4
2.	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2011 nach Geschlecht	6
3.	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts sowie Sorgeerklärungen 1991 bis 2011 nach Geschlecht	8
4.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht	10
5.	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 2011 nach Geschlecht	11
6.	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts und Sorgeerklärungen 2011	11
7.	Kinder und Jugendliche am Jahresende 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde nach Kreisfreien Städten und Landkreisen	12
8.	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts sowie Sorgeerklärungen 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen	13

## Abbildungen

Abb. 1	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft	14
Abb. 2	Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 mit Beistandschaften	14
Abb. 3	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts 1991 bis 2011	15

## Vorbemerkungen

Das Gesamtkonzept der Kinder- und Jugendhilfestatistik, erhoben nach den §§ 98 bis 103 SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe -, umfasst vier getrennte Erhebungsteile:

- Teil I Erzieherische Hilfen
- Teil II Maßnahmen der Jugendarbeit
- Teil III Einrichtungen und tätige Personen
- Teil IV Ausgaben und Einnahmen.

In dieser Publikation werden die Leistungen der Jugendämter in den Bereichen Pflegeerlaubnis, Pflegefamilien, Vormundschaften und Beistandschaften als Bestand am Jahresende und für das Berichtsjahr die Anzahl der Sorgerechtsentzüge und Sorgeerklärungen aus Teil I dargestellt.

**Rechtsgrundlagen** für die Statistik der Kinder- und Jugendhilfe - Teil I.6: Pflegeerlaubnis, Pflegefamilien, Vormundschaften, Beistandschaften, Sorgerecht sind die Paragraphen 98 bis 103 des Sozialgesetzbuches (SGB) - Aachtes Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I 3134), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2975, 2976), in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz - BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246, 2249). Erhoben werden die Angaben zu § 99 Abs. 4 bis 6a SGB VIII.

Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 102 Abs. 2 Nr. 1 und 6 SGB VIII in Verbindung mit § 15 BStatG. Hiernach sind die örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie die Träger der freien Jugendhilfe auskunftspflichtig.

### Methodische Hinweise

Die Ergebnisse entsprechen dem jeweils aktuellen Gebietsstand.

## Definitionen

Die Kinder und Jugendlichen (bis unter 18 Jahre) für die eine **Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII** besteht, befinden sich dauernd oder für einen Teil der Woche, jedoch regelmäßig, außerhalb des Elternhauses in Familienpflege. Vollpflege ist ununterbrochene Pflege bei Tag und Nacht. Wochenpflege ist regelmäßige, nicht nur gelegentliche Pflege über Tag und Nacht während eines Teils der Woche.

**Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht**, bedürfen einer Erlaubnis des Jugendamtes, um „Kinder außerhalb ihrer Wohnung in anderen Räumen während des Tages mehr als fünfzehn Stunden wöchentlich gegen Entgelt länger als drei Monate“ zu betreuen.

Die **Amtsvormundschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeführte Vormundschaft, bei der die elterliche Sorge (Vor-

mundschaft über Minderjährige) von einem Dritten, dem Vormund, ausgeübt wird. Voraussetzung ist, dass das Kind oder der Jugendliche nicht unter elterlicher Sorge steht. Die Amtsvormundschaft erstreckt sich grundsätzlich auf die gesamte elterliche Sorge (Personen- und Vermögenssorge). Eine bestellte Amtsvormundschaft tritt insbesondere bei Entzug der elterlichen Sorge ein, die gesetzliche Amtsvormundschaft bei der Geburt eines Kindes durch eine unverheiratete minderjährige Mutter oder bei Freigabe eines Kindes zur Adoption.

Die **Amtspflegschaft** ist eine vom Jugendamt ausgeübte Pflegschaft, sie dient der Fürsorge in persönlichen und wirtschaftlichen Belangen einer Person; sie umfasst nur die Wahrnehmung bestimmter Angelegenheiten der elterlichen Sorge. Amtspflegschaften sind auf Kinder gerichtet, für die vor allem bei Gefährdung des Kindeswohls sowie bei Scheidung oder getrennt lebenden Eltern die Personen- und/oder Vermögenssorge ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen wurde. Bestellte Amtspflegschaften bedürfen der ausdrücklichen Anordnung durch das Vormundschaftsgericht. Gesetzliche Amtspflegschaften sind nach der Reform des Beistandschaftsgesetzes zum 1. Juli 1998 entfallen und wurden in Beistandschaften umgewandelt.

In Fällen, in denen am Jahresende sowohl eine gesetzliche Amtsvormundschaft als auch eine bestellte Amtspflegschaft bzw. -vormundschaft besteht, werden in der Statistik ausschließlich die bestellten Amtspflegschaften/-vormundschaften erhoben.

Die **Beistandschaft** gemäß §§ 1712 bis 1717 BGB ist eine Unterstützung eines allein erziehenden, sorgeberechtigten Elternteils auf dessen Antrag durch das Jugendamt. Der Beistand unterstützt den Sorgeberechtigten bei der Ausübung der elterlichen Sorge, z. B. bei Vaterschaftsfeststellungen und die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen.

Im Zusammenhang mit dem vollständigen oder teilweisen **Entzug des Sorgerechts** melden die Jugendämter die Anrufungen des Gerichts gemäß § 8 a Abs. 3 SGB VIII, die gerichtlichen Maßnahmen bzw. die Übertragungen des Sorgerechts gemäß § 1666 BGB ganz oder teilweise auf das Jugendamt. Das geschieht zur Abwendung der Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder sein Vermögen, wenn die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden.

Weiterhin beurkunden die Jugendämter Begründungen der gemeinsamen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern, differenziert danach, ob die gemeinsame Sorge durch von beiden Elternteilen abgegebene **Sorgeerklärungen** (§ 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB) begründet wurde oder ob das Familiengericht eine Sorgeerklärung ersetzt hat (Artikel 224 § 2 Abs. 3 EGBGB).

## Ergebnisse

Am Jahresende 2011 bestanden 1 202 vom Vormundschaftsgericht angeordnete Amtspflegschaften, 106 mehr als im Vorjahr. Zur gleichen Zeit nahmen die Jugendämter

458 gesetzliche und 1 482 bestellte Amtsvormundschaften wahr. Damit stiegen die gesetzlichen Amtsvormundschaften gegenüber dem Vorjahr um 58 Fälle (14,5 Prozent) und bei den bestellten waren es 112 Fälle mehr (8,2 Prozent).

Zur Unterstützung allein erziehender Elternteile wurde im Dezember 2011 in 15 047 Fällen Beistand geleistet. Gegenüber 2010 stieg die Zahl der Beistandschaften für Kinder und Jugendliche um 0,2 Prozent bzw. 24 Fälle.

60 Kinder und Jugendliche erhielten Ende 2011 mit einer Pflegeerlaubnis nach § 44 SGB VIII eine Vollpflege, 20 mehr als zum Vorjahreszeitpunkt. Eine Pflegeerlaubnis für Wochenpflege bestand für kein Kind bzw. Jugendlichen.

Am 31. Dezember 2011 registrierten die Jugendämter 1 668 Personen mit einer Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII. Das ergab einen Anstieg gegenüber 2010 von 1,4 Prozent (23 Personen mehr).

2011 erfolgten durch die Jugendämter 832 Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge, 17 mehr als im Vorjahr. 613 gerichtliche Maßnahmen, 58 mehr als 2010, führten zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge. In 492 Fällen, über ein Drittel mehr als im Vorjahr, wurde das Personensorgerecht ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen.

Darüber hinaus bearbeiteten die Jugendämter im letzten Jahr 14 843 Sorgeerklärungen, 184 weniger als im Jahr davor. Die unverheirateten Eltern ließen öffentlich beurkunden, dass sie die Sorge gemeinsam übernehmen wollen. Das Familiengericht wurde in keinem Fall tätig.

### 1. Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht

Jahr	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften <sup>1)</sup>
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pflergschaften		
<b>Insgesamt</b>					
1991	356	138	55	510	775
1992	428	469	203	688	2 185
1993	508	1 351	666	1 078	2 604
1994	543	1 071	62	1 196	4 594
1995	509	1 357	99	1 258	6 119
1996	670	1 298	16	1 426	6 983
1997	550	1 521	35	1 539	8 384
1998	499	1 412	32	1 770	10 333
1999	503	1 201	10	1 574	12 356
2000	483	1 125	19	1 630	13 863
2001	553	1 297	-	1 484	15 130
2002	607	1 187	76	1 556	15 516
2003	577	1 150	8	1 533	15 837
2004	586	1 176	15	1 508	16 453
2005	601	1 147	8	1 520	16 469
2006	623	1 253	16	1 467	16 264
2007	538	1 284	40	1 408	15 921
2008	503	1 167	76	1 183	15 412
2009	415	1 149	7	1 363	15 125
2010	400	1 096	7	1 370	15 023
2011	458	1 202	7	1 482	15 047
<b>männlich</b>					
1991	181	76	28	267	399
1992	240	244	101	363	1 072
1993	275	680	349	567	1 310
1994	282	555	32	660	2 286
1995	276	698	52	685	3 142
1996	382	650	12	783	3 568
1997	331	761	18	844	4 242
1998	277	706	14	965	5 270
1999	243	589	5	869	6 207
2000	244	556	5	915	7 115
2001	283	651	-	788	7 644
2002	306	575	35	841	7 771
2003	298	581	1	852	8 029
2004	291	559	8	813	8 343
2005	310	554	4	783	8 490
2006	312	604	6	764	8 243
2007	290	637	21	760	7 979
2008	256	583	39	630	7 736
2009	219	584	4	722	7 653
2010	205	573	3	738	7 646
2011	236	616	3	801	7 710

1) Seit dem 1. Juli 1998 sind die gesetzlichen Amtspflegschaften entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I, S. 2846).

Noch: 1. Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Geschlecht

Jahr	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften <sup>1)</sup>
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pfllegschaften		
			<b>weiblich</b>		
1991	175	62	27	243	376
1992	188	225	102	325	1 113
1993	233	671	317	511	1 294
1994	261	516	30	536	2 308
1995	233	659	47	573	2 977
1996	288	648	4	643	3 415
1997	219	760	17	695	4 142
1998	222	706	18	805	5 063
1999	260	612	5	705	6 149
2000	239	569	14	715	6 748
2001	270	646	-	696	7 486
2002	301	612	41	715	7 745
2003	279	569	7	681	7 808
2004	295	617	7	695	8 110
2005	291	593	4	737	7 979
2006	311	649	10	703	8 021
2007	248	647	19	648	7 942
2008	247	584	37	553	7 676
2009	196	565	3	641	7 472
2010	195	523	4	632	7 377
2011	222	586	4	681	7 337

1) Seit dem 1. Juli 1998 sind die gesetzlichen Amtspflegschaften entfallen und in Beistandschaften umgewandelt worden - Beistandschaftsgesetz vom 4. Dezember 1997 (BGBl. I, S. 2846).

**2. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2011 nach Geschlecht**

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde <sup>1)</sup>			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht <sup>2)</sup>
	insgesamt	darunter		
		in Vollpflege	in Wochenpflege	
<b>Insgesamt</b>				
1991	376	368	5	x
1992	394	374	3	x
1993	297	271	10	x
1994	345	316	9	x
1995	345	320	3	x
1996	15	10	3	x
1997	17	16	-	x
1998	29	27	-	x
1999	44	20	-	x
2000	24	20	-	x
2001	114	14	-	x
2002	128	9	-	x
2003	432	19	-	x
2004	741	24	2	x
2005	89	89	-	694
2006	44	44	-	899
2007	31	31	-	1 235
2008	22	22	-	1 434
2009	39	39	-	1 674
2010	41	40	1	1 645
2011	60	60	-	1 668
<b>männlich</b>				
1991	210	205	3	x
1992	198	186	2	x
1993	155	141	6	x
1994	172	157	5	x
1995	181	165	1	x
1996	6	5	-	x
1997	7	7	-	x
1998	19	18	-	x
1999	19	8	-	x
2000	9	6	-	x
2001	50	4	-	x
2002	65	3	-	x
2003	181	6	-	x
2004	365	8	-	x
2005	39	39	-	x
2006	23	23	-	x
2007	16	16	-	x
2008	11	11	-	x
2009	20	20	-	x
2010	16	16	-	x
2011	32	32	-	x

1) Ab 2005 werden die Kinder und Jugendliche in Tagespflege nicht mehr erhoben.

2) Erhebung ab 2005



Noch: 2. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 1991 bis 2011 nach Geschlecht

Jahr	Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde <sup>1)</sup>			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht <sup>2)</sup>
	insgesamt	darunter		
		in Vollpflege	in Wochenpflege	
<b>weiblich</b>				
1991	166	163	2	x
1992	196	188	1	x
1993	142	130	4	x
1994	173	159	4	x
1995	164	155	2	x
1996	9	5	3	x
1997	10	9	-	x
1998	10	9	-	x
1999	25	12	-	x
2000	15	14	-	x
2001	64	10	-	x
2002	63	6	-	x
2003	251	13	-	x
2004	376	16	2	x
2005	50	50	-	x
2006	21	21	-	x
2007	15	15	-	x
2008	11	11	-	x
2009	19	19	-	x
2010	25	24	1	x
2011	28	28	-	x

1) Ab 2005 werden die Kinder und Jugendliche in Tagespflege nicht mehr erhoben.

2) Erhebung ab 2005

### 3. Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts sowie Sorgeerklärungen 1991 bis 2011 nach Geschlecht

Jahr	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts			Sorgeerklärungen <sup>2)</sup>
	Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge <sup>1)</sup>	gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	
			<b>Insgesamt</b>	
1991	114	99	127	x
1992	211	180	245	x
1993	382	353	369	x
1994	522	488	511	x
1995	429	418	364	x
1996	494	395	342	x
1997	658	467	406	x
1998	449	414	368	x
1999	416	310	266	x
2000	354	316	273	x
2001	368	337	282	x
2002	411	373	312	x
2003	416	342	308	x
2004	479	412	327	10 148
2005	511	406	329	11 348
2006	500	424	322	10 810
2007	641	504	368	12 084
2008	617	522	348	12 400
2009	769	585	404	13 175
2010	815	555	359	15 027
2011	832	613	492	14 843
			<b>männlich</b>	
1991	57	47	62	x
1992	104	94	137	x
1993	192	167	172	x
1994	259	246	262	x
1995	195	195	167	x
1996	259	220	186	x
1997	364	245	214	x
1998	222	196	177	x
1999	221	157	135	x
2000	176	161	139	x
2001	190	177	146	x
2002	206	184	157	x
2003	208	166	150	x
2004	246	202	162	x
2005	262	209	166	x
2006	258	208	161	x
2007	338	272	187	x
2008	306	273	176	x
2009	399	314	221	x
2010	427	303	199	x
2011	405	310	249	x

1) Bis 2007: Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge

2) Erhebung ab 2004

Noch: 3. Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts sowie Sorgeerklärungen 1991 bis 2011  
nach Geschlecht

Jahr	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts			Sorgeerklärungen <sup>2)</sup>
	Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge <sup>1)</sup>	gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	
	<b>weiblich</b>			
1991	57	52	65	x
1992	107	86	108	x
1993	190	186	197	x
1994	263	242	249	x
1995	234	223	197	x
1996	235	175	156	x
1997	294	222	192	x
1998	227	218	191	x
1999	195	153	131	x
2000	178	155	134	x
2001	178	160	136	x
2002	205	189	155	x
2003	208	176	158	x
2004	233	210	165	x
2005	249	197	163	x
2006	242	216	161	x
2007	303	232	181	x
2008	311	249	172	x
2009	370	271	183	x
2010	388	252	160	x
2011	427	303	243	x

1) Bis 2007: Anzeigen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge

2) Erhebung ab 2004

#### 4. Kinder und Jugendliche am Jahresende 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften nach Staatsangehörigkeit sowie Geschlecht

Staatsangehörigkeit ----- Geschlecht	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft				Beistandschaften
	gesetzliche Amtsvormund- schaft	bestellte Amtspflegschaft		bestellte Amtsvormund- schaft	
		insgesamt	Unterhalts- pflergschaften		
<b>Anzahl</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>458</b>	<b>1 202</b>	<b>7</b>	<b>1 482</b>	<b>15 047</b>
männlich	236	616	3	801	7 710
weiblich	222	586	4	681	7 337
Deutsche	456	1 182	x	1 377	15 037
männlich	236	603	x	714	7 704
weiblich	220	579	x	663	7 333
Nichtdeutsche	2	20	x	105	10
männlich	-	13	x	87	6
weiblich	2	7	x	18	4
<b>Prozent</b>					
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>
männlich	51,5	51,2	42,9	54,0	51,2
weiblich	48,5	48,8	57,1	46,0	48,8
Deutsche	99,6	98,3	x	92,9	99,9
männlich	51,5	50,2	x	48,2	51,2
weiblich	48,0	48,2	x	44,7	48,7
Nichtdeutsche	0,4	1,7	x	7,1	0,1
männlich	-	1,1	x	5,9	0,0
weiblich	0,4	0,6	x	1,2	0,0

### 5. Kinder und Jugendliche, für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde, sowie Tagespflegepersonen, für die eine Pflegeerlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht, am Jahresende 2011 nach Geschlecht

Geschlecht	Kinder und Jugendliche			Tagespflegepersonen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
	insgesamt	in Vollpflege	in Wochenpflege	
				<b>Anzahl</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>60</b>	<b>60</b>	-	<b>1 668</b>
männlich	32	32	-	x
weiblich	28	28	-	x
				<b>Prozent</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	-	<b>x</b>
männlich	53,3	53,3	-	x
weiblich	46,7	46,7	-	x

### 6. Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts und Sorgeerklärungen 2011

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männlich	Weiblich	
				<b>Anzahl</b>
Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	832	405	427	
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	613	310	303	
Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	492	249	243	
darunter nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	52	21	31	
Sorgeerklärungen	14 843	x	x	
davon				
abgegebene Sorgeerklärungen	14 843	x	x	
ersetzte Sorgeerklärungen	-	x	x	
				<b>Prozent</b>
Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	100	48,7	51,3	
Gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	100	50,6	49,4	
Übertragung des Personensorgerechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	100	50,6	49,4	
darunter nur des Aufenthaltsbestimmungsrechts	100	40,4	59,6	
Sorgeerklärungen	x	x	x	
davon				
abgegebene Sorgeerklärungen	x	x	x	
ersetzte Sorgeerklärungen	x	x	x	

**7. Kinder und Jugendliche am Jahresende 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft sowie mit Beistandschaften bzw. für die eine Pflegeerlaubnis erteilt wurde nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft			Beistand- schaften	Für die eine Pflege- erlaubnis erteilt wurde	Tagespflege- personen, für die eine Pflege- erlaubnis nach § 43 SGB VIII besteht
	gesetzliche Amtsvor- mundschaft	bestellte Amtspfleg- schaft	bestellte Amtsvor- mundschaft			
Chemnitz, Stadt	32	74	178	291	·	46
Erzgebirgskreis	32	51	54	294	-	85
Mittelsachsen	28	83	60	958	-	75
Vogtlandkreis	13	49	79	869	·	15
Zwickau	73	155	134	580	3	89
Dresden, Stadt	31	135	131	2 002	18	419
Bautzen	61	109	115	1 195	4	94
Görlitz	28	99	113	2 330	4	41
Meißen	33	97	89	1 308	5	89
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	22	57	123	1 799	4	141
Leipzig, Stadt	45	151	215	1 132	12	482
Leipzig	47	102	93	1 382	3	54
Nordsachsen	13	40	98	907	3	38
<b>Sachsen</b>	<b>458</b>	<b>1 202</b>	<b>1 482</b>	<b>15 047</b>	<b>60</b>	<b>1 668</b>

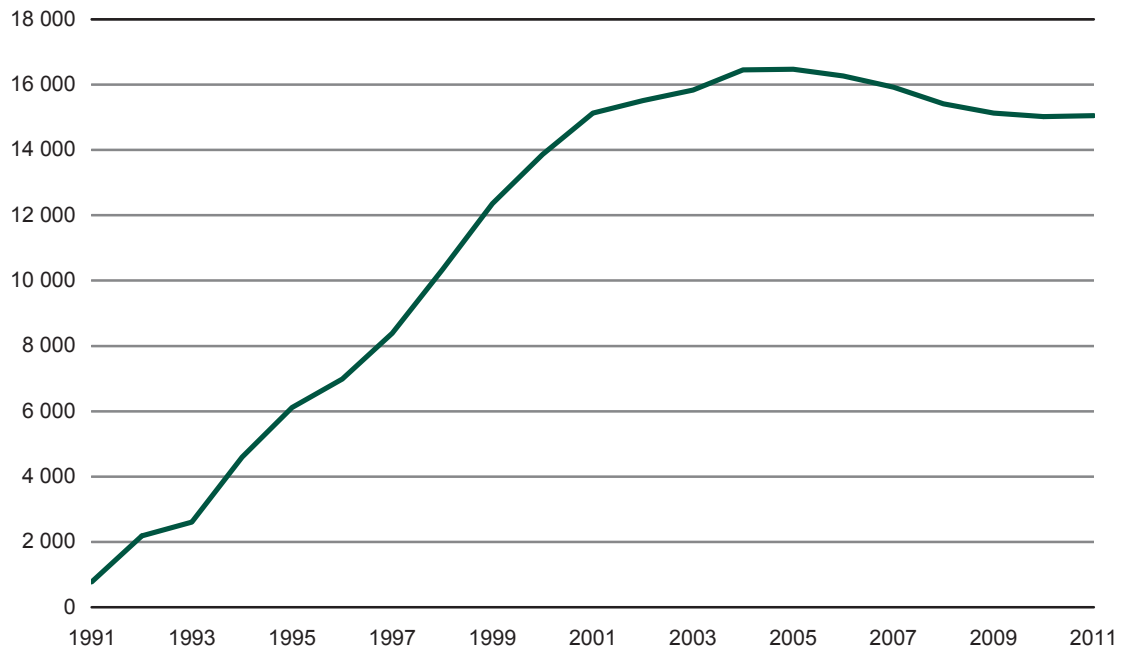
## 8. Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts sowie Sorgeerklärungen 2011 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts			Sorgeerklärungen
	Anrufungen des Gerichts zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	Übertragung des Personensorge- rechts ganz oder teilweise auf das Jugendamt	
Chemnitz, Stadt	115	84	51	1 387
Erzgebirgskreis	21	18	12	791
Mittelsachsen	12	12	12	1 070
Vogtlandkreis	43	34	27	477
Zwickau	97	57	33	895
Dresden, Stadt	98	55	54	3 118
Bautzen	54	39	31	965
Görlitz	104	81	70	814
Meißen	35	43	40	908
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	74	67	58	795
Leipzig, Stadt	97	63	55	2 231
Leipzig	29	24	21	850
Nordsachsen	53	36	28	542
<b>Sachsen</b>	<b>832</b>	<b>613</b>	<b>492</b>	<b>14 843</b>

**Abb. 1 Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 unter Amtspflegschaft und Amtsvormundschaft**

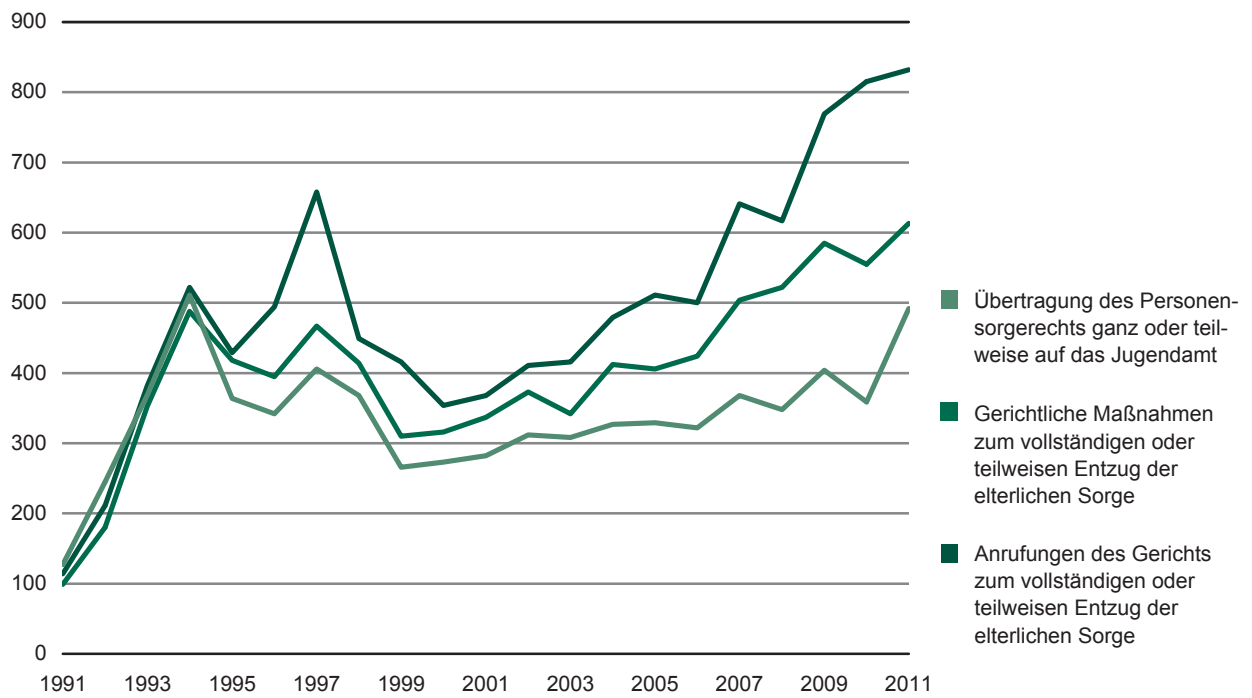


**Abb. 2 Kinder und Jugendliche am Jahresende 1991 bis 2011 mit Beistandschaften**





**Abb. 3 Vollständiger oder teilweiser Entzug des Sorgerechts 1991 bis 2011**



**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Redaktion:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Gestaltung und Satz:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Druck:**

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

**Redaktionsschluss:**

Juni 2012

**Bezug:**

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Postanschrift: Postfach 11 05, 01911 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: [vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

[www.statistik.sachsen.de/shop](http://www.statistik.sachsen.de/shop)

**Verteilerhinweis**

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

**Copyright**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2012

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 1435-876X